

Lazar fordert Handeln der Stadt gegen Rechtsextreme

Grünen-Abgeordnete äußert sich zu Haus Leipzig

Die Leipziger Grünen-Bundestagsabgeordnete Monika Lazar hat die Stadtverwaltung aufgefordert, Druck auf die Betreiber des Hauses Leipzig auszuüben. Nötigenfalls müsse das Rathaus auch mit der Streichung der Gelder für diese Einrichtung drohen, sagte die Abgeordnete, die Sprecherin ihrer Fraktion für Strategien gegen Rechts extremismus ist. Lazar bezog sich auf einen Bericht in der LVZ, wonach im Haus Leipzig seit März regelmäßig Veranstaltungen der rechtsextremen NPD stattfinden.

Die Kommune ist zwar Eigentümer des Grundstückes, doch das Haus steht nach der Pleite des früheren Betreibers unter Insolvenzverwaltung. Die Stadt habe „verwaltungsrechtlich keine Handhabe“, bedauerte Ordnungsamtschef Helmut Loris. Damit gab Lazar sich nicht zufrieden. Auch wenn es tatsächlich keine verwaltungstechnische Möglichkeit zur Verhinderung der Treffen gebe, müsse das Rathaus „alles in seinen Mitteln stehende Unternehmen“, um auf den derzeitigen Betreiber einzuwirken. Lazar: „Die Stadt darf

nicht warten, bis es zu einem absehbaren Zwischenfall kommt.“

Die Politikerin forderte auch die Bürger Leipzigs auf, „sich den Neonazis in den Weg zu stellen“ und klar zu machen, dass solches Gedankengut in der Stadt nicht erwünscht sei. Man könne und dürfe es nicht mehr verschweigen, dass auch Leipzig „ein Problem hat mit den zunehmenden Aktivitäten der rechtsextremen Szene“, sagte die Grünen-Parlamentarierin. *mi*